



Bild: HPR Land Berlin, Michael Laube

## Neues zur Beihilfe

### Beihilfe

Dieses Thema beschäftigt den HPR seit Jahren. Mal läuft es schleppend und mal besser, jedoch selten gut.

Bereits im April und Juni 2020 berichteten wir über die Probleme bei der Beihilfestelle. Nach vielen Gesprächen dürfen wir auch hier wieder etwas Positives berichten.

Die Umstrukturierung und der bemerkenswerte Einsatz der Beschäftigten im Landesverwaltungsamt (Beihilfestelle) führte dazu, dass die Bearbeitungsdauer der eingegangenen Beihilfeanträge von knapp 40 Arbeitstagen auf **unter eine Woche gesunken** ist!

Im LVwA wurde dem Wunsch des HPR entsprochen und die Kommunikation sowie Transparenz deutlich verbessert, z. B. die Wiedereinführung der Angabe der Bearbeitungszeit. Hier wünschen wir uns jedoch wieder eine taggenaue Angabe.

Für den Einsatz der Beschäftigten in der Beihilfestelle wollen wir uns im Namen aller Kolleginnen und Kollegen ausdrücklich bedanken!

#### Impressum:

#### Hauptpersonalrat

für die Behörden, Gerichte und nichtrechtsfähigen Anstalten des Landes Berlin

Klosterstr. 47  
10179 Berlin - Mitte

Telefon: (030) 9020-2226  
[hpr@hpr.berlin.de](mailto:hpr@hpr.berlin.de)  
[www.hpr.berlin.de](http://www.hpr.berlin.de)

V.i.S.d.P.: Daniela Ortmann,  
Vorsitzende

## **Pauschale Beihilfe**

Der Gesetzgeber bietet in Berlin den verbeamteten Dienstkräften die Möglichkeit der pauschalen Beihilfe an.

Hierzu berichtete der HPR bereits und verlinkte auf die Beihilfestelle (<https://www.berlin.de/landesverwaltungsamt/beihilfe/pauschale-beihilfe/>) mit der dort befindlichen Antragsmöglichkeit sowie den aufgeführten FAQ (häufig gestellte Fragen).

Seit nunmehr drei Monaten besteht die Möglichkeit, den Antrag auf pauschale Beihilfe zu stellen. Mehr als 1.600 Beamtinnen und Beamte nahmen dieses Angebot an und stellten einen Antrag auf pauschale Beihilfe. Bei mehr als 300 Anträgen sei eine Bescheidung vorerst nicht möglich, heißt es aus der Beihilfestelle. Dem HPR wurden als Gründe beispielhaft der fehlende und zwingend vorgegebene Originalantrag genannt. Weiter wurde erwähnt, dass sich bei einigen monatlich die Beiträge der Krankenkassen (z. B. durch die Zulage(n) bei Schichtdienstleistenden) ändern würden. Dies bedeutet, dass bei Einzelnen für das Jahr 2020 mehrere Bescheide zu erstellen und künftig wiederkehrende, teilweise monatliche Neuberechnung durchzuführen sind.

Während die durchschnittliche Bearbeitung eines Beihilfeantrages bei 15 - 20 Minuten liege, verdreifacht sich dieser Wert bei der Pauschalen Beihilfe. Hinzu kommt, dass die Beihilfestelle diese Zusatzaufgabe ohne zusätzliches Personal übernehmen musste. Der HPR wies die Senatsverwaltung für Finanzen bereits im vergangenen Jahr daraufhin, dass für die Bearbeitung der pauschalen Beihilfe zusätzliches Personal benötigt wird, weil die Synergieeffekte aus einer Beihilfe-App die Mehrbelastung aus der pauschalen Beihilfe aus unserer Sicht nicht sofort auffangen können.

Bei Vorliegen aller Unterlagen ist die Bearbeitung des Erstantrages innerhalb von 14 Arbeitstagen möglich - im günstigsten Fall. Die Kolleginnen und Kollegen der Beihilfestelle baten darum, an die Mitwirkungspflicht zu denken, also auf übersandte Schreiben vom LVwA zu reagieren bzw. nachgeforderte Unterlagen zeitnah nachzureichen.

Dies dürfte allerdings im eigenen Interesse liegen.

## **Beihilfe-App**

Viele Kolleginnen und Kollegen warten auf den Start der Beihilfe-App. In den kommenden vier Wochen soll das für mobile Endgeräte entwickelte Programm zum Hochladen von Arzt- & Behandlungsrechnungen und digitaler Beihilfeanträge vorgestellt und zur Anwendung freigegeben werden, heißt es aus der Finanzverwaltung.

Mit der neuen Applikation dürfte sich die Bearbeitungszeit für die Beihilfe wahrscheinlich auf dem jetzigen Niveau halten und diese die Kolleginnen und Kollegen in der Beihilfestelle hoffentlich ein wenig entlasten.

## In eigener Sache

Den Hauptpersonalrat erreichen Anfragen und Schreiben von unterschiedlichen Beschäftigtenvertretungen sowie immer öfter von den Kolleginnen und Kollegen selbst.

Inhaltlich geht es bei der Kommunikation um Themen wie beispielsweise

- den Hitzeschutz in den Dienststellen (heutzutage sogar um eine Lüftungskonzeption für heiße und kalte Tage wegen COVID-19);
- Finanzen (u. a. Besoldungsanpassung an den Durchschnitt der Länder für verbeamtete Dienstkräfte oder die Umsetzung der „Hauptstadtzulage“);
- die zeitnahe Anschaffung und Bereitstellung moderner (auch mobiler) Technik,
- Hinweise auf die fehlende Fürsorge einzelner Dienststellen, wie letztens bei der Polizei Berlin (HPR-Aktuell Info: „Die nächste Demo kommt bestimmt“, zu finden auf <https://www.berlin.de/hpr/aktuelles/>) oder
- pauschale Beihilfe und individuelle Beihilfe.

Für die zahlreichen Anmerkungen und Hinweise ein großes Dankeschön!

**Daniela Ortmann**

Vorsitzende des Hauptpersonalrates

**Enrico Strencioch**

Mitglied im Vorstand des  
Hauptpersonalrates